

George Friedman, der Gründer der US-Website STRATFOR, untersucht die Optionen, die Obama nach den Zwischenwahlen bleiben, und kommt zu dem Schluss, dass er nur dann eine Chance hat, erneut zum Präsidenten gewählt zu werden, wenn er den Iran angreift.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 210/10 – 01.11.10**

Die Zwischenwahlen in den USA, Obama und der Iran

Von George Friedman
STRATFOR, 26.10.10

(http://www.stratfor.com/weekly/20101025_us_midterm_elections_obama_iran)

In einer Woche finden die US-Zwischenwahlen des Jahres 2010 statt. Ihr Ergebnis steht bereits fest. Ob die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus oder im Senat erringen, ist völlig egal. Es ist ziemlich sicher, dass sich die Dynamik der amerikanischen Innenpolitik verändern wird. Die Demokraten werden auf jeden Fall nicht mehr die Möglichkeit haben, durch Anträge auf Schluss der Debatte Beratungen im Senat zu stoppen. Unabhängig davon, ob die Demokraten die Mehrheit im Repräsentantenhaus verlieren, sie werden ganz sicher die Fähigkeit verlieren, Gesetze so durchzubringen, wie die Führung der Demokraten im Repräsentantenhaus sie gern hätte. Die große Mehrheit der Demokraten wird es nicht mehr geben, und die Parteidisziplin wird nicht stark genug sein – das ist sie eigentlich nie – um Abtrünnige bei der Stange zu halten.

Auch wenn die Republikaner nächste Woche einen überwältigenden Sieg in beiden Häusern (des Kongresses) einfahren, werden sie nicht genug Sitze (eine Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern) haben, um Präsidentenvetos zu überstimmen. Deshalb werden sie nicht imstande sein, Gesetze allein zu beschließen, und damit überhaupt noch irgendwelche Gesetze verabschiedet werden können, müssen sie das Ergebnis von Verhandlungen zwischen dem Präsidenten und der republikanischen Führung im Kongress sein. Gleichgültig, ob die Demokraten besser als erwartet abschneiden oder die Republikaner einen überlegenen Sieg erringen, das Ergebnis wird praktisch das Gleiche bewirken.

Wenn wir berücksichtigen, welche Schwierigkeiten Präsident Barack Obama trotz seiner großen Mehrheit in beiden Häusern bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Reform der Gesundheitsfürsorge hatte, wird klar, dass er ohne Zustimmung der republikanischen Führung nicht mehr imstande sein wird, wichtige Gesetzesvorhaben durchzubringen. Das Ergebnis wird entweder ein Patt oder eine im Vergleich mit den beiden ersten Jahren der Obama-Regierung völlig veränderte Gesetzgebung sein.

Das sind keine einmaligen Zustände. Eine Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse bei den ersten Zwischenwahlen nach ihrer Wahl zum Präsidenten mussten auch Ronald Reagan und Bill Clinton hinnehmen. Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass Obama verlieren wird, wenn er sich zur Wiederwahl stellt; um wieder gewählt zu werden, muss er aber anders agieren als bisher. Es bedeutet auch, dass die Kampagne zur Wahl des nächsten Präsidenten am nächsten Mittwoch, dem 3. November (einen Tag nach der Zwischenwahl), beginnen wird. In Anbetracht seiner schlechten Umfragewerte scheint Obama sehr verwundbar zu sein; deshalb ist die Nominierung des/der republikanischen Präsidentschaftskandidaten/in von entscheidender Wichtigkeit. Obama bleibt nicht viel Zeit, um seine Präsidentschaft erfolgreicher zu gestalten. Da die Parteikonferenzen zur Bestimmung der Präsidentschaftskandidaten schon in 15 Monaten in Iowa beginnen werden und die Republikaner im Aufwind sind, muss Obama die Kampagne für seine Wiederwahl sofort starten.

Innenpolitisch hat Obama jetzt zwei Optionen. Die erste könnte der Versuch sein, an seinen innenpolitischen Vorhaben festzuhalten und in Kauf zu nehmen, dass er niedergestimmt wird. Wenn sich die innenpolitische Lage trotzdem verbessert, würde ihm das Vorteile bringen. Wenn das nicht geschieht, werden ihm die Republikaner große Schwierigkeiten machen. Die zweite Option ist die Aufgabe seiner Vorhaben und die Zusammenarbeit mit den Republikanern; damit könnte er sein Image als Mann des Ausgleichs wieder herstellen. Beide Optionen haben politische Vor- und Nachteile und stellen Obama vor eine wichtige strategische Entscheidung.

Die außenpolitische Option

Obama hat noch eine dritte Option, wenn er sich statt um die Innenpolitik mehr um die Außenpolitik kümmert. Die Gründungsväter (der USA) haben ein (politisches) System geschaffen, in dem der Präsident in der Innenpolitik nur dann eine starke Position hat, wenn er über eine deutliche Mehrheit im Kongress verfügt. Damit sollte die Tyrannei schwacher Mehrheiten verhindert werden. Dafür gaben sie dem Präsidenten in der Außenpolitik viel mehr Macht und Unabhängig vom Kongress; im Lauf der Jahrhundert wurde die Stellung des Präsidenten weiter gestärkt. In der Geschichte konnte ein Präsident, der innenpolitisch schwach war, immer durch eine starke Außenpolitik glänzen.

Für den Präsidenten Clinton war das zwischen 1994 und 1996 keine besonders verlockende Option. Weil in den internationalen Beziehungen relative Ruhe herrschte, war es schwierig, bedeutsame und entschlossene Aktivitäten zu entwickeln. Reagan (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Ronald_Reagan) hatte es da zwischen 1982 und 1984 leichter. Die Sowjetunion war noch stark und bedrohlich, und Reagans aggressive antisowjetische Haltung war populär und bestimmte deshalb auch seine 1980 gestartete Wahlkampagne. Die Stationierung der bodengestützten Cruise Missiles (Marschflugkörper) und der ballistische Mittelstreckenraketen Pershing II in Westeuropa schwächte seine Gegner und stärkte seine Position bei seiner politischen Basis. Er konnte Druck ausüben und den Sowjets die Zustimmung zu dem Vertrag über die Beseitigung der atomaren Mittelstreckensysteme abringen. Weil 1984 der Konjunkturrückgang nachließ, gelang es Reagan, mit seiner harten antisowjetischen Einstellung auch seinen (demokratischen) Gegenkandidaten Walter Mondale zu besiegen.

Obama hat nicht Clintons Problem. Die internationale Lage erlaubt ihm, (außenpolitisch) eine deutliche aktivere Rolle als in den letzten zwei Jahren zu spielen. Der Krieg in Afghanistan ist wohl in das Stadium von Verhandlungen eingetreten, da Berichte über bereits laufende Gespräche kursieren. Der Krieg im Irak ist, wie die immer noch dort stationierten über 50.000 US-Soldaten belegen, nicht zu Ende, und das iranische Problem tritt immer offener zu Tage. Die israelisch-palästinensischen Gespräche drohen zu scheitern, und außerdem gibt es noch eine Reihe weiterer außenpolitischer Probleme, die von Chinas zunehmender Widerspenstigkeit über Russlands wieder wachsende Stärke bis zum andauernden Niedergang der militärischen Macht der europäischen Verbündeten der USA reichen. Es gibt also eine ganze Reihe außenpolitischer Probleme, die der Präsident angehen könnte; viele davon würden wenigstens bei einen Teil seiner Wähler Anklang finden und es Obama ermöglichen, trotz nachlassender politischer Unterstützung Präsident zu bleiben.

Es gibt aber zwei Probleme, die verhindern könnten, dass sich Obama künftig mehr um die Außenpolitik kümmert. Erstens ist die US-Bevölkerung auf wirtschaftliche und innenpolitische Probleme fixiert. Wenn er sich zu sehr auf die Außenpolitik konzentriert und die Lage der US-Wirtschaft sich bis 2012 nicht bessert, wird ihm das den Wahlsieg kosten. Er muss auf außenpolitische Erfolge hoffen oder mindestens den Eindruck erwecken, er küm-

mere sich mehr um die Sicherheit des Staates; außerdem braucht er dringend einen Wirtschaftsaufschwung oder einen plausiblen Grund, um die Republikaner anschwärzen zu können. Das ist ein riskanter Balanceakt, aber zur Rettung seiner Präsidentschaft gibt es keine einfachen Lösungen mehr.

Das zweite Problem besteht darin, dass Obamas Wahlkampagne und seine bisherige Präsidentschaft außenpolitisch eher auf Ausgleich als auf Konfrontation ausgerichtet waren; nur Afghanistan macht da eine Ausnahme, weil er dort von Anfang an wesentlich aggressiver als sein Vorgänger agiert hat. Aber ausgerechnet da, wo er auf Konfrontation setzte, wird er keine außenpolitischen Lorbeeren ernten, sondern allenfalls ein Abkommen mit den Taliban aushandeln können. Das werden die Republikaner nicht als Triumph gelten lassen, sondern ihm als Kapitulation ankreiden. Wenn Obama in Afghanistan so weitermacht wie bisher, wird er sich nur auf ausgetretenen Pfaden dahinschleppen und keinen Erfolg versprechenden neuen Weg finden.

Interessanterweise ist Afghanistan, wenn Obama sein Ansehen durch sicherheitspolitische Profilierung verbessern will, das am wenigsten geeignete Land. Wenn er weiter auf Verhandlungen setzt, wird das nur sein Image verstärken, in der Außenpolitik zu nachgiebig zu sein. Wenn er den Krieg wie bisher fortsetzt, ist das auch nicht besonders neu. Wenn er noch mehr Truppen nach Afghanistan schickt, riskiert er, wie Lyndon Johnson 1967 auszusehen; der hat damals (im Vietnam-Krieg) auch ohne klaren Plan immer mehr Soldaten auf den Feind gehetzt. Obama könnte natürlich auch die Spannungen mit Pakistan weiter verschärfen; es ist aber äußerst unwahrscheinlich, dass er damit – angesichts der Situation in Afghanistan – Erfolge erzielen könnte. Wenn ein Präsident auf die Außenpolitik setzt, muss er aber Erfolge vorweisen können.

Im Irak könnte er derzeit allenfalls den weiteren Truppenabzug verzögern; damit kann er seine politische Position aber kaum verbessern. Außerdem ist das Hauptproblem im Irak im Moment der Iran, weil der dort zerstörerische Kräfte unterstützt. Obama könnte auch versuchen, ein israelisch-palästinensisches Abkommen durchzusetzen; dann müsste aber die Hamas ihre starre Haltung aufgeben oder Israel massive Zugeständnisse machen, und beides ist sehr unwahrscheinlich. Das Problem mit Israel und den Palästinensern besteht darin, dass Friedensgespräche – wie die unter Clinton in Camp David – die unerfreuliche Tendenz haben, im Chaos zu enden.

Die Situation in Europa, Russland und China ist von großer Bedeutung, erlaubt aber keine dramatischen Aktionen. Die USA können China wegen (des Streits über den Wechselkurs) des Yuan nicht blockieren; es bringt auch nichts, mit endlosen Konferenzen erreichen zu wollen, dass die Europäer ihre Verteidigungshaushalte erhöhen und sich zu einer stärkeren Unterstützung der US-Kriege verpflichten. Auch die Lage in Nordkorea ist nicht so ernst, dass eine US-Intervention derzeit gerechtfertigt wäre. Es gibt viele Handlungsmöglichkeiten, mit denen Obama seine Neigung zum Ausgleich unter Beweis stellen könnte, aber damit kann er sich nicht als entscheidungsfreudiger Außenpolitiker in Szene setzen.

Die Iran-Option

Dann bleibt Obama offensichtlich nur eine Wahl: der Iran. Der Iran ist das einzige Thema, mit dem der Präsident die öffentliche Meinung für sich einnehmen könnte. Die Republikaner haben Obama als schwach im Kampf gegen den militanten Islamismus dargestellt. Auch viele Demokraten sehen den Iran als repressiven Staat an, der die Menschenrechte verletzt, besonders nach dessen scharfem Vorgehen gegen die Grüne Bewegung. Alle Staaten auf der arabischen Halbinsel und besonders Saudi-Arabien haben Angst vor dem Iran und wollen, dass die USA etwas mehr tun, als im Lauf der nächsten 10 Jahre Waffen

im Wert von 60 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen. Die Israelis stehen dem Iran offen feindlich gegenüber. Auch die Europäer begegnen dem Iran nicht gerade freundlich, wollen aber (nach Möglichkeit) eine militärische Eskalation vermeiden, es sei denn, sie wäre schnell und erfolgreich ohne Störung der Ölversorgung zu beenden. Wie die Iraner sind auch die Russen und die Chinesen den USA nicht besonders wohl gesonnen, aber sie würden nicht eingreifen, wenn die USA den Iran schnell und effektiv zur Räson brächten. Außerdem würde sich die Situation im Irak stabilisieren, wenn der Iran neutralisiert wäre, und auf Afghanistan würde sich das zumindest psychologisch positiv auswirken.

Wenn Obama die Außenpolitik benutzen will, um sein politisches Ansehen durch entschlossenes Handeln zu verbessern und um die Beziehungen zu ausländischen Regierungen positiver zu gestalten, könnte er das nur durch eine Intervention im Iran erreichen. Das Problem ist nur, was er zu tun hätte und welches Risiko er dabei einginge. Nichts könnte ihm mehr schaden, als eine aggressive Aktion, die ihre Ziele verfehlt oder sich zu einem militärischen Desaster für die USA entwickelt.

Obamas bisherige Politik gegenüber dem Iran bestand nur aus einer schrittweisen Verschärfung der Sanktionen und dem Aufbau einer schwachen Opposition, mit deren Hilfe er eine Veränderung der innenpolitischen Situation im Iran herbeiführen wollte. Das Ziel war, den Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad zu schwächen und seine Gegner zu stärken, weil von ihnen erwartet wird, dass sie zurückhaltender auftreten und weniger scharf auf Atomwaffen sind. Bisher hat Obama direkte militärische Aktionen gegen den Iran vermieden; deshalb wäre vor einer offenen Konfrontation mit dem Iran eine bewusst herbeigeführte Veränderung der jetzigen US-Position notwendig, die einer Rechtfertigung bedürfte.

Die naheliegendste Rechtfertigung wäre die Behauptung, der Iran sei im Begriff, eine Atomwaffe zu bauen. Dabei wäre es völlig unerheblich, ob das tatsächlich stimmt. Erstens wäre niemand in der Lage, diese Behauptung zu widerlegen, und zweitens wäre Obamas Glaubwürdigkeit beim Verbreiten dieser Behauptung viel größer als die Glaubwürdigkeit George W. Bushs im Jahr 2003, weil ihm das Debakel mit den (nicht vorhandenen) "Massenvernichtungswaffen" erspart bliebe und er außerdem den Vorteil hätte, nichts Vergleichbares behauptet zu haben. Wenn die Behauptung (der Iran sei dabei, eine Atomwaffe zu bauen) von Obama käme, würde er damit nur die Ansicht der Republikaner bestätigen, und die Demokraten könnten ihm schlecht widersprechen. Außerdem wäre Obama nach dieser Behauptung gezwungen, zu handeln. Seiner Parteibasis könnte er den Zögernden vorspielen und vor der Öffentlichkeit den Entschlossenen mimen. Die Republikaner könnten ihn kaum angreifen oder der Lüge bezichtigen. Zu definieren, was es bedeutet, "fast" Atomwaffen zu besitzen, ist ein beinahe metaphysisches Unterfangen, weil man sich dabei nur auf unterschiedliche Interpretationen und Annahmen stützen kann. Das ist zwar ein zynisches Szenario, aber es könnte trotzdem vernünftig begründet werden.

STRATFOR hat schon in der Vergangenheit nachgewiesen, dass die nukleare Infrastruktur des Irans nicht mit einem eintägigen Luftangriff zu zerstören ist und dass der Iran auch zurückschlagen kann. Seine nuklearen Einrichtungen sind auf zahlreiche Orte verteilt, und der Iran hatte jahrelang Zeit, sie zu verbunkern. Wer sie zerstören will, muss einen längeren Luftkrieg einplanen und wahrscheinlich sogar den Einsatz von Spezialkräften vorsehen, die vor Ort die angerichtete Zerstörung zu überprüfen und gegebenenfalls zu vollenden hätten. Außerdem müssten die iranischen Seestreitkräfte eliminiert werden, um die Routen der Öltanker im Persischen Golf vor Schwärmen schneller bewaffneter Boote und Minen freizuhalten; Abschussvorrichtungen für Antischiffsraketen und Einrichtungen der Luftabwehr müssten angegriffen werden, und die iranische Luftwaffe wäre auszuschalten. Auch die iranischen Bodentruppen müssten angegriffen und dezimiert werden, damit sie die Nachbarstaaten nicht mehr bedrohen können.

Ein Angriff auf den Iran wäre keine Invasion mit Bodentruppen, aber auch kein kurzer Luftkrieg. Wie 1999 in Jugoslawien würde der Luftkrieg sicher mehrere Monate dauern. Es wäre damit zu rechnen, dass abgeschossene oder aus technischen Gründen notgelandete US-Piloten in Kriegsgefangenschaft gerieten. Es gäbe auch viele Verluste unter der Zivilbevölkerung – mit entsprechenden Berichten in den internationalen Medien. Es würde sich nicht um "chirurgische Eingriffe" handeln, wenn man – ohne Erfolgsgarantie – versuchen würde die gesamte nukleare Infrastruktur des Irans zu zerstören und seine konventionellen Streitkräfte entscheidend zu schwächen. Es würde ein Krieg, der auf die Überlegenheit der US-Luftstreitkräfte und der US-Technologie setzen würde und nicht unter den Schwächen der US-Bodentruppen bei der Aufstandsbekämpfung zu leiden hätte. Er würde das iranische Regime stärken – wie es Luftkriege immer tun – weil sich die iranische Bevölkerung unter dem Eindruck der Aggression auf dessen Seite schlug. Wenn der Luftkrieg Erfolg hätte, wäre das iranische Regime – zumindest noch einige Zeit – politisch stärker als vorher, militärisch aber machtlos. Ein erfolgreicher Luftkrieg würde den Abzug der US-Truppen aus dem Irak erleichtern, die Saudis beruhigen und den Europäern die Fähigkeiten und die Entschlossenheit der USA demonstrieren. Auch die Russen und die Chinesen kämen ins Grübeln.

Ein Luftkrieg gegen den Iran birgt aber auch Risiken. Der Iran könnte Terroranschläge veranlassen und versuchen, die Straße von Hormuz zu sperren, um durch den emporschnellenden Ölpreis die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession zu stürzen. Es könnte auch zu einem Bürgerkrieg im Irak kommen. Den US-Geheimdiensten könnte entgangen sein, dass die Iraner bereits eine einsatzfähige Atomwaffe besitzen. Diese möglichen Risiken wiegen nach STRATFOR-Einschätzungen schwerer als die erhofften Erfolge. Auch der beste militärische Plan kann in einem Fiasko enden.

Wir haben vorgeschlagen, Obama solle weiter versuchen, mit den Iranern zu einer Verhandlungslösung zu kommen – wie das Präsident Richard Nixon (am Ende des Vietnam-Krieges) mit den Chinesen (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Nixon) gelungen ist – anstatt wegen des Atomproblems eine Militäraktion mit unsicherem Ausgang zu riskieren. Politisch gesehen, ist das für Obama allerdings schwierig. Bush hätte (wegen seiner vorher gezeigten Härte) die ideologische Legitimation gehabt, sich mit dem Iran zu verständigen, wie Nixon (weil er den Vietnam-Krieg vorher ausgeweitet hat) die ideologische Legitimation hatte, sich mit China zu verständigen. Obama hat diese Legitimation nicht. Das Aushandeln einer Vereinbarung mit dem Iran in einer laufenden Wahlkampagne würde Obama als Weichei erscheinen lassen. Mit dem Ansehensverlust ist ihm auch die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen genommen worden, es sei denn, er fände sich damit ab, nach einer Wahlperiode abgewählt zu werden.

Zusammenfassend stelle ich Folgendes fest: Erstens wird Obama durch diese Wahl innenpolitisch gelähmt werden. Deshalb kann er im Wahlkampf, den er um seine Wiederwahl führen muss, die Republikaner für den Reformstau verantwortlich machen. Das hätte Vor- und Nachteile; die Republikaner könnten ihm vorwerfen, weil er sich weigere, den Wählerwillen zu respektieren, sei er für das Patt verantwortlich. Beides ist möglich. Obama bleibt dann noch die Option, sein Glück in der Außenpolitik zu versuchen, in der er bisher wenig gegläntzt hat. Der einzige erkennbare Weg, der zum Erfolg führen könnte und eine positive Wirkung auf die strategische Position der USA hätte, wäre ein Angriff auf den Iran. Dieser Angriff könnte wesentliche Vorteile bringen, ist aber auch mit sehr realen Gefahren verbunden. Er könnte die Situation im Mittleren Osten positiv verändern, aber auch ein militärischer Fehlschlag werden.

Ich behaupte nicht, dass sich Obama aus politischen Gründen für einen Angriff auf den Iran entscheiden wird, obwohl sich bisher kein einziger US-Präsident ohne politische Hin-

tergedanken für Unternehmungen im Ausland entschieden hat. Ich sage nur, dass in dieser historisch entscheidenden Situation – angesichts des sich abzeichnenden Patts in der Innenpolitik – eine verstärkte Betonung der Außenpolitik Sinn machen würde; wenn sich Obama als entschlossener Oberbefehlshaber profilieren will, ist der Iran das einzig sinnvolle Ziel.

Das ist keine Prognose. Ich weiß nicht, was Obama denkt. Das ist nur eine Aufzählung der Optionen, die Obama nach den Zwischenwahlen bleiben, die aber offen lässt, wie er sich entscheiden wird.

(Wir haben den aufschlussreichen Artikel des STRATFOR-Gründers George Friedman, der keines Kommentars bedarf, komplett übersetzt und aus Verständnisgründen mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Informationen über STRATFOR, eine von einem internationalen Team aus professionellen Geheimdienstlern betriebene Website, sind aufzurufen unter http://www.stratfor.com/about_stratfor . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

STRATFOR

U.S. Midterm Elections, Obama and Iran

October 26, 2010

By George Friedman

We are a week away from the 2010 U.S. midterm elections. The outcome is already locked in. Whether the Republicans take the House or the Senate is close to immaterial. It is almost certain that the dynamics of American domestic politics will change. The Democrats will lose their ability to impose cloture in the Senate and thereby shut off debate. Whether they lose the House or not, the Democrats will lose the ability to pass legislation at the will of the House Democratic leadership. The large majority held by the Democrats will be gone, and party discipline will not be strong enough (it never is) to prevent some defections.

Should the Republicans win an overwhelming victory in both houses next week, they will still not have the votes to override presidential vetoes. Therefore they will not be able to legislate unilaterally, and if any legislation is to be passed it will have to be the result of negotiations between the president and the Republican Congressional leadership. Thus, whether the Democrats do better than expected or the Republicans win a massive victory, the practical result will be the same.

When we consider the difficulties President Barack Obama had passing his health care legislation, even with powerful majorities in both houses, it is clear that he will not be able to push through any significant legislation without Republican agreement. The result will either be gridlock or a very different legislative agenda than we have seen in the first two years.

These are not unique circumstances. Reversals in the first midterm election after a presidential election happened to Ronald Reagan and Bill Clinton. It does not mean that Obama is guaranteed to lose a re-election bid, although it does mean that, in order to win that election, he will have to operate in a very different way. It also means that the 2012 presidential campaign will begin next Wednesday on Nov. 3. Given his low approval ratings,

Obama appears vulnerable and the Republican nomination has become extremely valuable. For his part, Obama does not have much time to lose in reshaping his presidency. With the Iowa caucuses about 15 months away and the Republicans holding momentum, the president will have to begin his campaign.

Obama now has two options in terms of domestic strategy. The first is to continue to press his agenda, knowing that it will be voted down. If the domestic situation improves, he takes credit for it. If it doesn't, he runs against Republican partisanship. The second option is to abandon his agenda, cooperate with the Republicans and re-establish his image as a centrist. Both have political advantages and disadvantages and present an important strategic decision for Obama to make.

The Foreign Policy Option

Obama also has a third option, which is to shift his focus from domestic policy to foreign policy. The founders created a system in which the president is inherently weak in domestic policy and able to take action only when his position in Congress is extremely strong. This was how the founders sought to avoid the tyranny of narrow majorities. At the same time, they made the president quite powerful in foreign policy regardless of Congress, and the evolution of the presidency over the centuries has further strengthened this power. Historically, when the president has been weak domestically, one option he has had is to appear powerful by focusing on foreign policy.

For presidents like Clinton, this was not a particularly viable option in 1994-1996. The international system was quiet, and it was difficult to act meaningfully and decisively. It was easier for Reagan in 1982-1984. The Soviet Union was strong and threatening, and an aggressive anti-Soviet stance was popular and flowed from his 1980 campaign. Deploying the ground-launched cruise missile and the Pershing II medium-range ballistic missile in Western Europe alienated his opponents, strengthened his position with his political base and allowed him to take the center (and ultimately pressured the Soviets into agreeing to the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty). By 1984, with the recession over, Reagan's anti-Soviet stance helped him defeat Walter Mondale.

Obama does not have Clinton's problem. The international environment allows him to take a much more assertive stance than he has over the past two years. The war in Afghanistan is reaching a delicate negotiating state as reports of ongoing talks circulate. The Iraq war is far from stable, with 50,000 U.S. troops still there, and the Iranian issue is wide open. Israeli-Palestinian talks are also faltering, and there are a host of other foreign issues, ranging from China's increasing assertiveness to Russia's resurgent power to the ongoing decline in military power of America's European allies. There are a range of issues that need to be addressed at the presidential level, many of which would resonate with at least some voters and allow Obama to be presidential in spite of weak political support.

There are two problems with Obama becoming a foreign policy president. The first is that the country is focused on the economy and on domestic issues. If he focuses on foreign policy and the U.S. economy does not improve by 2012, it will cost him the election. His hope will be foreign policy successes, or at least the perception of being strong on national security, coupled with economic recovery or a plausible reason to blame the Republicans. This is a tricky maneuver, but his presidency no longer offers simple solutions.

The second problem is that his presidency and campaign have been based on the general principle of accommodation rather than confrontation in foreign affairs, with the sole exception of Afghanistan, where he chose to be substantially more aggressive than his prede-

cessor had been. The place where he was assertive is unlikely to yield a major foreign policy success, unless that success is a negotiated settlement with the Taliban. A negotiated settlement will be portrayed by the Republicans as capitulation rather than triumph. If he continues on the current course in Afghanistan, he will seem to be plodding down an old path and not pioneering a new one.

Interestingly, if Obama's goal is to appear strong on national security while regaining the center, Afghanistan offers the least attractive venue. His choices are negotiation, which would reinforce his image as an accommodationist in foreign policy, or continued war, which is not particularly new territory. He could deploy even more forces into Afghanistan, but then would risk looking like Lyndon Johnson in 1967, hurling troops at the enemy without a clear plan. He could, of course, create a massive crisis with Pakistan, but it would be extremely unlikely that such an effort would end well, given the situation in Afghanistan. Foreign policy presidents need to be successful.

There is little to be done in Iraq at the moment except delay the withdrawal of forces, which adds little to his political position. Moreover, the core problem in Iraq at the moment is Iran and its support of disruptive forces. Obama could attempt to force an Israeli-Palestinian settlement, but that would require Hamas to change its position, which is unlikely, or that Israel make massive concessions, which it doesn't think it has to do. The problem with Israel and the Palestinians is that peace talks, such as those under Clinton at Camp David, have a nasty tendency to end in chaos.

The European, Russian and Chinese situations are of great importance, but they are not conducive to dramatic acts. The United States is not going to blockade China over the yuan or hold a stunning set of meetings with the Europeans to get them to increase their defense budgets and commit to more support for U.S. wars. And the situation regarding North Korea does not have the pressing urgency to justify U.S. action. There are many actions that would satisfy Obama's accommodationist inclinations, but those would not serve well in portraying him as decisive in foreign policy.

The Iranian Option

This leaves the obvious choice: Iran. Iran is the one issue on which the president could galvanize public opinion. The Republicans have portrayed Obama as weak on combating militant Islamism. Many of the Democrats see Iran as a repressive violator of human rights, particularly after the crackdown on the Green Movement. The Arabian Peninsula, particularly Saudi Arabia, is afraid of Iran and wants the United States to do something more than provide \$60 billion-worth of weapons over the next 10 years. The Israelis, obviously, are hostile. The Europeans are hostile to Iran but want to avoid escalation, unless it ends quickly and successfully and without a disruption of oil supplies. The Russians like the Iranians are a thorn in the American side, as are the Chinese, but neither would have much choice should the United States deal with Iran quickly and effectively. Moreover, the situation in Iraq would improve if Iran were to be neutralized, and the psychology in Afghanistan could also shift.

If Obama were to use foreign policy to enhance his political standing through decisive action, and achieve some positive results in relations with foreign governments, the one place he could do it would be Iran. The issue is what he might have to do and what the risks would be. Nothing could, after all, hurt him more than an aggressive stance against Iran that failed to achieve its goals or turned into a military disaster for the United States.

So far, Obama's policy toward Iran has been to incrementally increase sanctions by buil-

ding a weak coalition and allow the sanctions to create shifts in Iran's domestic political situation. The idea is to weaken President Mahmoud Ahmadinejad and strengthen his enemies, who are assumed to be more moderate and less inclined to pursue nuclear weapons. Obama has avoided overt military action against Iran, so a confrontation with Iran would require a deliberate shift in the U.S. stance, which would require a justification.

The most obvious justification would be to claim that Iran is about to construct a nuclear device. Whether or not this is true would be immaterial. First, no one would be in a position to challenge the claim, and, second, Obama's credibility in making the assertion would be much greater than George W. Bush's, given that Obama does not have the 2003 weapons-of-mass-destruction debacle to deal with and has the advantage of not having made such a claim before. Coming from Obama, the claim would confirm the views of the Republicans, while the Democrats would be hard-pressed to challenge him. In the face of this assertion, Obama would be forced to take action. He could appear reluctant to his base, decisive to the rest. The Republicans could not easily attack him. Nor would the claim be a lie. Defining what it means to almost possess nuclear weapons is nearly a metaphysical discussion. It requires merely a shift in definitions and assumptions. This is cynical scenario, but it can be aligned with reasonable concerns.

As STRATFOR has argued in the past, destroying Iran's nuclear capability does not involve a one-day raid, nor is Iran without the ability to retaliate. Its nuclear facilities are in a number of places and Iran has had years to harden those facilities. Destroying the facilities might take an extended air campaign and might even require the use of special operations units to verify battle damage and complete the mission. In addition, military action against Iran's naval forces would be needed to protect the oil routes through the Persian Gulf from small boat swarms and mines, anti-ship missile launchers would have to be attacked and Iranian air force and air defenses taken out. This would not solve the problem of the rest of Iran's conventional forces, which would represent a threat to the region, so these forces would have to be attacked and reduced as well.

An attack on Iran would not be an invasion, nor would it be a short war. Like Yugoslavia in 1999, it would be an extended air war lasting an unknown number of months. There would be American POWs from aircraft that were shot down or suffered mechanical failure over Iranian territory. There would be many civilian casualties, which the international media would focus on. It would not be an antiseptic campaign, but it would likely (though it is important to reiterate not certainly) destroy Iran's nuclear capability and profoundly weaken its conventional forces. It would be a war based on American strengths in aerial warfare and technology, not on American weaknesses in counterinsurgency. It would strengthen the Iranian regime (as aerial bombing usually does) by rallying the Iranian public to its side against the aggression. If the campaign were successful, the Iranian regime would be stronger politically, at least for a while, but eviscerated militarily. A successful campaign would ease the U.S. withdrawal from Iraq, calm the Saudis and demonstrate to the Europeans American capability and will. It would also cause the Russians and Chinese to become very thoughtful.

A campaign against Iran would have its risks. Iran could launch a terrorist campaign and attempt to close the Strait of Hormuz, sending the global economy into a deep recession on soaring oil prices. It could also create a civil war in Iraq. U.S. intelligence could have missed the fact that the Iranians already have a deliverable nuclear weapon. All of these are possible risks, and, according to STRATFOR's thinking, the risks outweigh the rewards. After all, the best laid military plan can end in a fiasco.

We have argued that a negotiation with Iran in the order of President Richard Nixon's re-

versal on China would be a lower-risk solution to the nuclear problem than the military option. But for Obama, this is politically difficult to do. Had Bush done this, he would have had the ideological credentials to deal with Iran, as Nixon had the ideological credentials to deal with China. But Obama does not. Negotiating an agreement with Iran in the wake of an electoral rout would open the floodgates to condemnation of Obama as an appeaser. In losing power, he loses the option for negotiation unless he is content to be a one-term president.

I am arguing the following. First, Obama will be paralyzed on domestic policies by this election. He can craft a re-election campaign blaming the Republicans for gridlock. This has its advantages and disadvantages; the Republicans, charging that he refused to adjust to the electorate's wishes, can blame him for the gridlock. It can go either way. The other option for Obama is to look for triumph in foreign policy where he has a weak hand. The only obvious way to achieve success that would have a positive effect on the U.S. strategic position is to attack Iran. Such an attack would have substantial advantages and very real dangers. It could change the dynamics of the Middle East and it could be a military failure.

I am not claiming that Obama will decide to do this based on politics, although no U.S. president has ever engaged in foreign involvement without political considerations, nor should he. I am saying that, at this moment in history, given the domestic gridlock that appears to be in the offing, a shift to a foreign policy emphasis makes sense, Obama needs to be seen as an effective commander in chief and Iran is the logical target.

This is not a prediction. Obama does not share his thoughts with me. It is merely speculation on the options Obama will have after the midterm elections, not what he will choose to do.

U.S. Midterm Elections, Obama and Iran is republished with permission of STRATFOR.

U.S. Midterm Elections, Obama and Iran is republished with permission of STRATFOR.

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern